

Tunesien

APEL AUF REISEN

5 Wenn der deutsche Kriegsminister Frau und Tochter einpackt und im linden Mai mal eben auf drei Tage nach Tunesien fliegt, dann verrät es nicht erst die Wahl von Reisebüro und Fluggesellschaft sowie das mitgebrachte Freigepäck in Form von Verpflegung aus deutschen Landen frisch auf den Tisch für über 100 führende Tunesier, daß seine Reise im Unterschied zu der des normalen Bürgers keine Urlaubsreise ist.

10 Dann wird dort unten, so gerade recht zum Beginn der Urlaubssaison, *deutsche Sicherheitspolitik* gemacht, als Beitrag zur westlichen "Sicherheitspolitik im Mittelmeerraum".

Seit den Arbeiterunruhen in der Phosphatbergbaustadt Gafsa Ende Januar/Anfang Februar, deren schnelle Unterdrückung

“lediglich der sofortigen logistischen Hilfe zu danken war, die Frankreich auf der Basis des Beistandsabkommens geleistet hat” (Süddeutsche Zeitung)

15 hat sich nämlich die alte Erkenntnis neu belebt, daß angesichts nicht zu knapper Gründe für Unsicherheit im Lande (und eines Nachbarlandes - Libyen -, das diese Gründe auch noch gelegentlich, wenn auch dilettantisch genug, bewaffnet) mehr für die Sicherheit der "prowestlichen Regierung Bourgiba" getan werden muß. Eine Aufgabe, bei deren Erfüllung Frankreich unser aller Unterstützung verdient.

20 Nachdem Anfang März bereits nach beschleunigter Abwicklung zusätzliche Waffenlieferungen der USA in Gang kamen (für 23 Millionen Dollar Schützenpanzer und Hubschrauber), wird auch die BRD ihre Militärhilfe an Tunesien verstärken.

25 “Jedoch liefere Bonn, wie bisher, keine Kriegswaffen, sagte Apel. Er nannte aus der ihm vorgelegten neuen Wunschliste Tunesiens unter anderem die Lieferung von Fernmeldeeinrichtungen und Fallschirmausrüstungen. Die Bundesrepublik, die schon die Anlage einer Blutbank (!) für die Armee finanziert hat, werde die Wünsche Tunesiens unter dem Gesichtspunkt ihrer Finanzierbarkeit aus dem Haushalt 1982 prüfen.” (Frankfurter Allgemeine, 10.5.80)

30 Die Perspektive, auch noch mal mit Neckermann preiswert nach Tunesien zu kommen, ist halt für den deutschen Bürger nicht umsonst zu haben.